



## Die **rosarote Brille** hilft nur kurzfristig



### **Liebe Leserinnen und Leser,**

setzen wir heute einmal die **rosarote Brille** auf. Bei der Polizei scheint alles bestens zu laufen. Die Führung des Innenministeriums hat alles im Griff, die Beschäftigten stehen im Mittelpunkt. Dem Innenminister sind die polizeiliche Arbeit und das Wohl seiner Mitarbeitenden wichtiger als persönlicher Ehrgeiz oder Koalitionsdisziplin. Er bückt sich nicht nur zum Aufheben herumfliegender Uniformmützen von Auszubildenden, sondern steht fest hinter seinen Polizeibeschäftigten – sodass sie täglich die politische Wertschätzung spüren. Auf Attentate wie in Mannheim folgen umgehend notwendige Maßnahmen. Mit durchdachten Konzepten wurden leistungsgerechte und breit akzeptierte Beurteilungen entwickelt. Die haushaltspolitischen Impulse des Ministeriums waren so überzeugend, dass es nicht an Beförderungsmöglichkeiten mangelt. Tarifbeschäftigte können angesichts der heutigen Herausforderungen optimal eingesetzt werden – und erhalten eine faire Bezahlung, von der sich auch im Ruhestand gut leben lässt. Mutter/Vater-Kind-Kuren sind jederzeit möglich. Auch wer außerhalb der regulären Tagesarbeitszeit arbeitet, erhält regelmäßig Vorsorgekuren – unabhängig vom individuellen Arbeitszeitanteil. Die Heilfürsorge ist den Leistungen privater Krankenkassen angepasst, Beihilfeabrechnungen erfolgen umgehend nach Antragstellung. Polizeibeamtinnen und -beamte, die nicht am Wohnort verwendet werden, erhalten eine Unterkunft oder Wohnungsfürsorge. Ballungsraumzulagen und Perspektiven schaffen attraktive Rahmenbedingungen. Die Ausbildung wurde auf Basis der Rückmeldungen von Dozierenden verbessert, „Fachkompetenz“ hat wieder Bedeutung. Die Ausbildungsqualität ist gestiegen, Notendurchschnitte jenseits der „3“ gehören der Vergangenheit an. Die Polizei ist operativ aufgestellt – auch in der Führung. Selbst höchste Führungskräfte verfügen über soziale Kompetenz, Einsatzpraxis und fachliche Erfahrung. Spitzenfunktionen werden transparent und ohne taktisches Kalkül vergeben. Den Bewährungsaufstieg gibt es nicht nur in anderen Verwaltungszweigen, sondern auch in der Polizei. Ehemalige Defizite im gehobenen Dienst wurden durch eine vollständige Schlüsselung behoben. Die Wochenarbeitszeit ist reduziert, Belastungen werden zeitnah ausgeglichen. Fürsorge wird ernst genommen. Die Personalausstattung in den Dienststellen wurde verbessert – man kann sie inzwischen als ausreichend bezeich-

nen. Die Digitalisierung schreitet zügig voran, künstliche Intelligenz ist kein Fremdwort mehr, sondern unterstützt die polizeiliche Arbeit. Die Beschäftigten tragen funktionale Uniformen oder Arbeitskleidung, Kriminalbeamte erhalten eine Entschädigung für die Abnutzung privater Kleidung. Die technische Ausrüstung ist auf dem neuesten Stand, wird regelmäßig modernisiert. Die Arbeitsplätze – ob im Büro oder im Streifenwagen – sind modern und ergonomisch gestaltet. Die Gesundheitsförderung orientiert sich an medizinischen Bedürfnissen. Tarifbeschäftigte fühlen sich wertgeschätzt und erleben keine Unterschiede im Vergleich zu ihren verbeamteten Kolleginnen und Kollegen. Sie profitieren von einer Beihilfe, die Unterschiede in der Gesundheitsversorgung ausgleicht.

Mit der **rosaroten Brille** betrachtet, scheint all das Realität zu sein, wofür die DPoG seit Jahren kämpft. Doch leider sieht die Wirklichkeit anders aus. Vieles von dem, was aus dieser Perspektive selbstverständlich wirkt, bleibt weiterhin ein hart umkämpftes Ziel – und scheint unter den aktuellen Entscheidungsträgern kaum umsetzbar.

Die kommenden zwölf Monate werden zeigen, wer von ihnen eine Zukunft in der Polizei hat – und ob die Polizei mit ihnen eine Zukunft hat.

Die DPoG-Mandatsträger widmen sich bereits intensiv der Problemanalyse – im Dialog mit den politischen Verantwortlichen von morgen. Wer steht auf der Bremse? Wer hat das Gaspedal noch nicht gefunden? Wer sorgt durch sein Handeln eher für Rück- als Fortschritt? Wessen Entscheidungen dienen tatsächlich der inneren Sicherheit und einem mitarbeiterorientierten Umgang?

Welche Maßnahmen sind notwendig, um die bestehenden Defizite bei Besoldung und Bezahlung abzubauen? Was braucht eine moderne, zukunftsfähige Polizei?

Nicht durch die **rosarote Brille** – sondern mit klarem Blick.

**Ihr/euer Ralf Kusterer,**  
Landesvorsitzender

## Gesucht!!!

# Das marodeste Dienstgebäude der Polizei in Baden-Württemberg



Schild neu zu vergeben – DPoIG-Aktion läuft noch bis Ende Mai

Die DPoIG sucht erneut das marodeste Polizeidienstgebäude im Land – und ihr könnt noch bis Ende Mai Vorschläge einreichen! Schon 2010 wurde letztmals das schlechteste Polizeirevier Baden-Württembergs „ausgezeichnet“. Damals fiel die Wahl auf das Polizeirevier Ravensburg – mit Zustimmung der dortigen Beschäftigten, die bereits seit Jahren die unzumutbaren Zustände bemängelten und das Revier für diese Verleihung vorgeschlagen hatten. Fast zehn Jahre dauerte es, bis das Gebäude schließlich für zwei Millionen Euro saniert wurde. Schimmel, bröckelnder Putz und Ungezieferbefall gehören nun der Vergangenheit an. In den letzten vier Wochen sind bereits zahlreiche „Bewerbungen“ eingegangen – ob Ratten im Hof, Wasser im Zimmer, Schimmelbildung, Geruchsbildung oder erheblicher Sanierungsstau mit grauen Wänden und echten „UNFÜHL-Oasen“. Selbst die Presse hat bereits Vorschläge gemacht.

Die DPoIG bemängelt immer wieder unhaltbare Zustände in den Polizeiliegenschaften. Die „Auszeichnung“ als marodestes Dienstgebäude soll helfen, Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, um die Missstände schnell zu beseitigen.

Ihr arbeitet in einem Gebäude, das diesen „Titel“ verdient hätte? Dann beteiligt euch – und schickt eure Vorschläge an die DPoIG-Polizeispiegelredaktion: [Polizeispiegel@dpolg-bw.de](mailto:Polizeispiegel@dpolg-bw.de).

Einsendeschluss ist der 30. Mai 2025.

- Jedes Dienstgebäude kann für die „Auszeichnung“ vorgeschlagen werden. Bitte sendet eine kurze Beschreibung der Mängel sowie eine Kontaktadresse – und denkt daran: Bilder sagen mehr als Worte!
- Besonders betroffen sind oft Umkleieräume, Duschen, Toiletten und Aufenthaltsräume, die sich in einem Zustand befinden, der möglicherweise sogar gesundheitliche Risiken birgt. Auch viele Arbeitsräume entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen und Standards. Die Verleihung soll noch vor den Sommerferien erfolgen.

# Politiktreffen am Rande von Veranstaltungen

Manchmal sind es ja die Treffen am Rande von Veranstaltungen – mit den üblichen Flur- oder Pausengesprächen –, bei denen man sich „kurz“ austauscht und noch einige Informationen über die politische Arbeit übermittelt.



Beim Treffen der Bürgermeister im Landkreis Calw: Ralf Kusterer (DPoG-Landes- und stellvertretender Bundesvorsitzender) und Thorsten Frei (MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)



Klausurtagung der CDU-Fraktion: Manuel Hagel (CDU-Fraktions- und -Landesvorsitzender), Sylvia M. Felder (Regierungspräsidentin Karlsruhe), Dirk Preis (DPoG-GLV-Mitglied) (von links)



Veranstaltung in Fellbach: Ralf Kusterer (DPoG-Landesvorsitzender) mit Heribert Reicht (Innenminister a. D.)



Politischer Aschermittwoch mit Ralf Kusterer (DPoG-Landesvorsitzender), Dr. Frank Knödler (Ehrenpräsident Landesfeuerwehrverband), Christian Gehring (Innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion) (von links)

## DPoG unterstützt Polizeimeisterschaften

Immer wieder erreichen uns Anfragen zur Unterstützung einzelner Mannschaften der Polizeipräsidien und -dienststellen. Dabei müssen wir leider feststellen, dass der Dienstherr zwar sportliche Wettkämpfe durchführt, aber sowohl finanziell wie auch materiell nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. Die notwendigen Ressourcen müssen oft aus dezentralen Eigenmitteln aufgebracht werden.

Damit unsere Unterstützung alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie das Funktionspersonal erreicht, haben wir im ver-



gangenen Jahr damit begonnen, bei diesen Meisterschaften DPoG-Badetücher zu verteilen – eine Aktion, die sehr gut angenommen ist. Besonders bei den Polizeilandmeisterschaften im Schwimmen zeigte sich der praktische Nutzen, wenn jemand sein Handtuch vergessen hatte.

Betreuung ist uns wichtig. Das gilt für polizeiliche Großeinsätze wie auch im täglichen Dienst.



## Daran arbeiten wir

Nicht alle Themen, denen wir uns aktuell zuwenden, erhalten in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit, die sie eigentlich benötigen. Deshalb greifen wir in dieser Rubrik einzelne Themen heraus, an denen wir (auch) aktuell arbeiten.

### Bewährungsaufstieg in den höheren PVD (JETZT)

Manche Themen müssen in kürzeren Abständen wiederholt werden – auch an dieser Stelle. Denn offenbar gibt es Entscheidungsträger – sei es in der Politik oder in der Polizeiführung –, die der Auffassung sind, die Einführung eines Bewährungsaufstiegs sei lediglich eine Frage des „Wollens“. Das ist schlichtweg falsch. Die Verweigerung des Bewährungsaufstiegs stellt eine klare Benachteiligung der Polizei gegenüber allen anderen Laufbahngruppen im öffentlichen Dienst dar. Das war übrigens schon zu der Zeit so, als es den Bewährungsaufstieg kurzfristig gab – denn er war auf die Besoldungsgruppe A 14 begrenzt. Verwaltungsbeamte hingegen können den Aufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst uneingeschränkt in Anspruch nehmen. Die Beförderung nach A 14 mit einer Wartezeit von sechs Monaten war dabei der Regelfall. Nicht wenige haben mittlerweile sogar die Besoldungsgruppe A 15 erreicht – sogar A 16 ist möglich.

Michael Rilling,  
Bezirksvorsitzender Reutlingen



Rechtsgrundlage dafür ist § 22 (Aufstieg) des Landesbeamtengesetzes. Die Voraussetzungen sind vergleichsweise unkompliziert. Vorgaben zur konkreten Ausgestaltung dieser Qualifizierungsmöglichkeit gibt es nicht – die Ministerien, also auch das Innenministerium, können eigenständig entsprechende Regelungen für ihren Bereich schaffen.

Seit Jahren jedoch verweigert das Innenministerium den Polizeibeamtinnen und -beamten die Möglichkeit eines Bewährungsaufstiegs. Das ist völlig inakzeptabel – zumal es sich dabei in der Regel um Kolleginnen und Kollegen handelt, die sich bereits in ihrer Laufbahn und in ihrem Amt bewährt haben.



Annette Kess,  
Kreistarifbeauftragte HfPol Lahr

### Tarifrecht – DPoIG will „stufengleichen Aufstieg“

Was im Tarifrecht für die Tarifbeschäftigten im Bund und bei den Kommunen gilt, muss endlich auch für die Tarifbeschäftigten im Landesdienst gelten – der stufengleiche Aufstieg bei Höhergruppierungen. Wer beim Bund oder den Kommunen in eine höhere Entgeltgruppe aufsteigt (höhergruppiert wird), wird der gleichen Stufe zugeordnet, die er oder sie in der niedrigeren Entgeltgruppe bereits erreicht hatte. Da das Entgelt der gleichen Stufe

in einer höheren Entgeltgruppe immer höher ist, steigt auch das monatliche Einkommen.

Bei den Landestarifbeschäftigten gibt es diese stufengleiche Höhergruppierung dagegen nicht. Stattdessen werden Beschäftigte bei einer Höhergruppierung der Stufe zugeordnet, in der sie mindestens ihr bisheriges Tabellenentgelt erhalten. Dies kann je nach Entgeltgruppe und -stufe zur Zuordnung zu einer niedrigeren Stufe in der höheren Entgeltgruppe führen. Bei einer Eingruppierung erfolgt die Zuordnung ebenfalls in die Stufe, die das bisherige Tabellenentgelt erreicht oder übersteigt – jedoch mindestens Stufe 2.

Das ist ungerecht und macht sich oft erst nach Jahren im Geldbeutel bemerkbar. Deshalb setzen wir uns für einen stufengleichen Aufstieg für die Tarifbeschäftigten der Polizei Baden-Württemberg ein.

## POK-Bauch abbauen und nicht ausweiten

Eigentlich hatten wir ja gehofft, dass es mit dem Haushalt 2025/2026 einen Beförderungs„ruck“ gibt. Aber wer die aktuellen Entwicklungen bei den Beförderungsstellen betrachtet, merkt schnell, dass es „die da oben“ mal wieder nicht kapiert haben.

Anstatt den sogenannten Oberkommissars-Bauch zu reduzieren und dafür zu sorgen, dass nach ewig langen Wartezeiten (viele auch noch in A 9 g. D.) die Kolleginnen und Kollegen befördert werden, hat man den Oberkommissars-Bauch weiter vergrößert.

In diesem Jahr wird es insgesamt fast 7 800 Stellen in A 10 geben. Zur Erinnerung: 2022 waren es noch 7 500.

Was wir brauchen, ist eine Umwandlung von Stellen aus A 10 g. D. nach A 11 g. D. Betrachtet man die vielen Kolleginnen und Kollegen, die bereits eine Ausgleichszulage aus der „alten“ A 9er-Amtszulage (jetzt aus A 10) erhalten, wird deutlich: Der finanzielle Mehraufwand wäre überschaubar.

Andreas Herzog,  
Bezirksvorsitzender Konstanz



© DPOIG (5)

Die DPOIG hat immer klargemacht: Die Anzahl der Stellen im Eingangsamt muss wieder auf das Niveau zurückgeführt werden, das vor Einführung des sogenannten Vier-Säulen-Modells galt. Damals lag der Anteil bei lediglich 20 bis 25 Prozent – heute hingegen stecken rund 50 Prozent der Kolleginnen und Kollegen im Eingangsamt fest. Gemessen an den etwa 16 000 Stellen im gehobenen Dienst dürften das höchstens rund 3 200 Stellen sein – nicht das Doppelte wie derzeit.

Unsere Forderung ist klar: Mindestens 4 800 Stellen müssen aus A 10 angehoben (umgewandelt) werden. Kein anderes Ressort hat so viele Kolleginnen und Kollegen im Eingangsamt.

Sergej Leinweber,  
Vorsitzender OV Stuttgart Kripo/  
Verwaltung

## Perspektiven bis A 12 und A 13

Wer den Personalhaushalt betrachtet, wird feststellen, dass sich die Zahl der Aufstiegsmöglichkeiten nach A 12 und A 13 in den vergangenen Jahren – abgesehen von Versetzungen in den Ruhestand – nicht positiv verändert hat. Das hängt auch damit zusammen, dass trotz Neustellen in A 13 und A 12 die Dienstposten nicht angepasst wurden – eine wichtige Forderung der DPOIG.

Im Jahr 2025 wird der Stellenanteil in A 13 bei circa 7,6 Prozent, in A 12 bei circa 14,9 Prozent und in A 11 bei circa 27,7 Prozent liegen – bei rund 15 580 Stellen im gehobenen Dienst.

Viele können sich noch an die Stellenplan-Obergrenzen erinnern. Aktuell ist im gehobenen Dienst festgelegt, dass der Stellenanteil in A 13 einen Wert von 30 Prozent nicht überschreiten soll. Davon sind wir meilenweit entfernt.

Wir sind der Auffassung, dass die Verordnung der Landesregierung über die Festsetzung von Stellenobergrenzen\* für den staatlichen und außerstaatlichen Bereich einen deutlichen Richtwert vorgibt. Dass dieser nicht einmal zur Hälfte (das entspräche 15 Prozent in A 13) erfüllt wird, ist ein deutliches Signal an den Haushaltsgeber – und an das Innenministerium.

Die DPOIG fordert, die Zahl der Stellen in A 13 zu verdoppeln – von derzeit etwa 1.200 auf 2.400. Auch bei den A 12-Stellen sehen wir dringenden Handlungsbedarf und fordern eine Erhöhung von derzeit rund 2 300 auf 4 600 Stellen. Interessant dabei: Das entspricht in etwa der Anzahl der Stellen, die aktuell aus A 10 in höhere Besoldungsgruppen umgewandelt werden sollten.

\* Stellenobergrenzenverordnung – StOGVO

## EG 16 für höheren Dienst im Tarifbereich

Die Systematik im Tarifrecht wurde im Jahr 2005 geändert. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es eine Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten mit unterschiedlichen tarifvertraglichen Regelungen. Seither gilt der Begriff „Beschäftigte“ oder „Tarifbeschäftigte“.

Mit der Änderung des Tarifrechts wurden auch neue Entgeltgruppen eingeführt. Die Entgeltgruppe 15 (beziehungsweise 15Ü) ist dabei bislang die höchste erreichbare Stufe – doch für viele Führungskräfte und Expertinnen und Experten, die mit der Entwicklung von Konzepten oder der Leitung strategischer Projekte betraut sind, reicht das nicht aus. Bei der Polizei betrifft das zum Beispiel auch tarifbeschäftigte Polizeiarztinnen und -ärzte.

Mit der sogenannten Überleitung wurde für bestimmte Tarifbeschäftigte eine Überleitungsentgeltgruppe geschaffen. Deshalb gibt es heute noch einzelne Beschäftigte in einer EG 15Ü.

Francesco Brancato,  
Präsidialverband PTLs Pol



Es ist wichtig, insbesondere über die unteren Entgeltgruppen zu sprechen – doch der höhere Dienst darf dabei nicht aus dem Blick geraten. Deshalb fordern wir die Einführung einer Entgeltgruppe 16, die oberhalb der bisherigen Entgeltgruppe 15Ü liegen muss.

# Jahreshauptversammlungen im „März“

Fast pünktlich mit dem Frühjahrsbeginn startet auch die Saison der Jahreshauptversammlungen. Bis Anfang Juni finden in nahezu allen Kreisverbänden – orientiert an den Zuschnitten der ehemaligen Polizeidirektionen – entsprechende Veranstaltungen statt. Im Grunde gibt es keinen Tag, an dem nicht eine Gewerkschaftsveranstaltung in Baden-Württemberg stattfindet – und selbst mancher Samstag ist ausgebucht. Die Einbeziehung der Mitglieder gehört zu den Grundfesten der basisdemokratischen Ausrichtung der DPoIG. Nur wer das Ohr an der polizeilichen Basis hat und weiß, wo der

Schuh drückt, kann sich im Sinne der Mitglieder einsetzen. An allen Veranstaltungen nahm der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer teil – trotz seines aktuell wieder enorm hohen Arbeitspensums. Begleitet wurde er durch seinen Stellvertreter im Hauptpersonalrat, Dirk Preis, sowie die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert. Sie hatten natürlich aktuelle Informationen im Gepäck. Ein Highlight jeder Veranstaltung war der mit vielen Hintergrundinformationen gespickte Lagebericht des Landesvorsitzenden.



© DPoIG (3)

## Kreisverband Heilbronn

### Peter Wild zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden gewählt, Pascal Abel übernimmt Geschäftsführung

Am 20. März 2025 fand in der Kantine des Finanzamts Heilbronn die Jahreshauptversammlung 2025 statt. In einem voll besetzten Auditorium begrüßte Kreisvorsitzender Matthias Schmitt die Anwesenden – darunter neben der DPoIG-Delegation auch den Polizeipräsidenten Frank Spitzmüller, der ein Grußwort sprach, sowie dessen Stellvertreter Markus Geistler.

Die Formalien waren zügig abgearbeitet, wobei es zu drei Neu- oder Nachwahlen kam. Peter Wild, der in der Vergangenheit herausragend für die Geschäftsführung zuständig war, wechselte in das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden. Seine Nachfolge übernahm Pascal Abel. Kollegin Claudia Sack wurde zur stellvertretenden Kreisfrauenbeauftragten gewählt und Ronny Konkel rückte auf die Pole-Position bei den Tarifbeauftragten. Isolde Dietrich wurde für ihre jahrzehntelange Tätigkeit als Kreistarifbeauftragte aus dem Amt verabschiedet. Dabei fand der Kreisvorsitzende sehr anerkennende und respektvolle Worte, um ihr großes Engagement für die Tarifbeschäftigten und ihr Mitwirken in der DPoIG zu würdigen.

Besonders hervorzuheben war in dieser Veranstaltung – neben den vielfältigen Aspekten der Gewerkschaftspolitik – das Lob des Landesvorsitzenden Ralf Kusterer für die Führung im PP Heilbronn. Anlässlich der Amokfahrt am Silvestertag habe diese erneut unter Beweis gestellt, dass ihr das Wohl der Beschäftigten am Herzen liege. Kusterer hatte sich vor der Veranstaltung mit dem Präsidenten mehr als eineinhalb Stunden ausgetauscht und

stellte erfreut fest, dass man in zahlreichen Themen gleicher Auffassung ist.

Kreisvorsitzender	Matthias Schmitt
Stellvertretender Vorsitzender	Henrik Wieditz
Stellvertretender Vorsitzender (neu)	Peter Wild
Kreisgeschäftsführer	Pascal Abel
Kreisschatzmeister	Thorsten Reusch
Kassenprüfer	Andreas Kromm
Kassenprüfer	Michael Friedrich
Vertreter JUNGE POLIZEI	Sven Schneider
Kreistarifbeauftragter (neu)	Ronny Konkel
Kreisfrauenbeauftragte	Ramona Löhrl
Stellvertretende Kreisfrauenbeauftragte	Claudia Sack
Seniorenbeauftragter	Dieter Erath
Beisitzer	Sebastian Feuerstein
Beisitzer	Reiner Friedle
Beisitzer	Rüdiger Lang
Beisitzer	Swen Leitz
Beisitzer	Luca Ried
Beisitzer	Jochen Würth

## Kreisverband HfPol Herrenberg

### Daniel Sailer wiedergewählt



Am 13. März 2025 fand in der Lounge des Herrenberger Hochschulstandortes die Jahreshauptversammlung statt. Es war die erste größere Mitgliederversammlung seit der Gründung des Kreisverbands am 10. März 2022.

Kreisvorsitzender „DaSa“ Daniel Sailer blickte auf die verschiedensten Aktivitäten im Kreisverband zurück: die Spende von zehn Bierstischgarnituren und sechs Stühlen für den Außenbereich, ein Tischkicker für den Aufenthaltsraum der BiA, das Sponsoring der Teilnahme am Stadtlauf Herrenberg sowie beim Fußballturnier des IBA (2023, 2024) – jeweils mit Infostand –, die beliebte Weihnachtsaktion mit Lebkuchen, Punsch und Geschenken sowie Infostände im Foyer (2023, 2024). Auch beim großen Warnstreik und der Demonstration im November 2023 hatte man teilgenommen, was zur Küchenschließung führte. Zudem wurde eine Zusatzverpflegung für Objektschutzkräfte bei der EM 2024 organisiert. Das waren nur wenige Beispiele dafür, wie sich der rasant wachsende Kreisverband für die Mitglieder einbrachte. Das Lob von Mitgliedern ist sicher die größte Form des Dankes, mit dem an diesem Abend nicht gespart wurde. Das zeigte sich auch in den einstimmigen Entlastungen.

Nach einem positiven Kassenbericht mit großem finanziellem Spielraum und dem Bericht der Kassenprüfer, die der Schatzmeisterin

Gertrud Graßl eine gute Kassenführung bescheinigten, war das nur mehr als folgerichtig. Der Kreisvorsitzende Daniel Sailer nutzte die Gelegenheit, um sich bei Wolfgang „Wolle“ Weing, der in wenigen Tagen in den Ruhestand geht, zu bedanken und ihn feierlich zu verabschieden. „Wolle“ personifizierte die Besonderheiten des Personalvertretungsrechts. Als Abgeordneter wurde er in den Personalrat gewählt, übernahm den Vorsitz und baute als Stellvertreter den Kreisverband mit auf. Er war und ist allseits beliebt, was man auch an den Mitgliederzahlen ablesen konnte. Zum Abschied erhielt er ein Geschenk des Kreisverbandes.

Kreisvorsitzender	Daniel Sailer
Stellvertretender KV-Vorsitzender	Reiner Weippert
Stellvertretende KV-Vorsitzende	Tanja Deutschle
Kreisgeschäftsführer	Hans-Martin Mannheimer
Kreisschatzmeisterin	Gertrud Graßl
Kassenprüferin	Beatrice Schuster
Kassenprüferin	Sarah Schmidt
Kreistarifbeauftragte	Gertrud Graßl
Kreisseniorenbeauftragter	Reiner Weippert
Kreisfrauenbeauftragte	Tanja Deutschle

## Kreisverband Sigmaringen

### Neue Kreistarifbeauftragte im Amt

Die Insider wissen es: Die Aktiven im Kreisverband haben eine deutliche Nähe zur freiwilligen Feuerwehr. Und so überraschte es nicht, dass die Jahreshauptversammlung zum zweiten Mal in Folge im Rettungszentrum bei der Feuerwehr in Mengen stattgefunden hat. Spötter behaupten, der Hauptgrund sei das hervorragende „Wurstsalatbüfett“ gewesen, das den Ausschlag für die erneute Auswahl des Tagungsortes gegeben habe. Professionell führte die Vorstandschaft – an der Front Kreisvorsitzender Jürgen Bossert – durch die Sitzung. Kassenbericht (Sarah Malek) – super, Bericht der Kassenprüfer (Klaus Stephan) – top Haushaltsführung, Entlastung (Dirk Preis) – einstimmig.

Wahlen standen nur in Form einer Nachwahl an. Einstimmig wurde Kollegin Lydia Wieland zur neuen Kreistarifbeauftragten gewählt.

Kreisvorsitzender	Jürgen Bossert
Stellvertreter	Christian Zielke
Geschäftsführer	Martin Holderried
Schatzmeisterin	Sarah Malek
Kassenprüfer	Klaus Stephan
Kreistarifbeauftragte (neu)	Lydia Wieland
Vertreter JUNGE POLIZEI	Fabian Schweizer
Seniorenbeauftragter	Klaus Stephan
Beisitzer PRev SIG	Florian Foerg
Beisitzer PRev Bad Saulgau	Roland Vogel
Beisitzer VPI SIG	Markus Kruppa



# Tarifverhandlungen für Bundes- und Kommunalbeschäftigte *DPoIG-Mitglieder des Landesverbandes streiten mit für ein Lohnplus*

Im März intensivierten die dbb Verbände ihre Aktionen im Tarifstreit mit der (noch) amtierenden Bundesinnenministerin Faeser (Bundesbeschäftigte) und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (Kommunalbeschäftigte).

In Freiburg hatte der dbb beamtenbund und tarifunion zu einer Kundgebung aufgerufen, an der mehr als 500 Mitglieder teilnahmen – darunter auch eine größere Delegation der DPoIG. Neben dem Vorstand der Landestarifvertretung sowie Vertreterinnen und Vertretern des DPoIG-Kreisverbandes Freiburg unterstützten auch einige Rentner und Pensionäre die Aktion. Mit vor Ort waren außerdem der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer, die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert sowie Dirk Preis, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand. Aus Lahr war der HfPol-Kreisvorsitzende Steffen Wacker mit einigen Kolleginnen und Kollegen angereist.

Und das alles selbstverständlich in der Freizeit – denn die Tarifbeschäftigten des Landes dürfen im Rahmen dieser Verhandlungen nicht streiken. Und Beamtinnen und Beamte dürfen ohnehin nicht streiken. Dazu Edmund Schuler, Bundes- und Landestarifbeauftragter, der selbst an den Tarifverhandlungen in Potsdam teilgenommen hat:

„Das ist gelebte Solidarität, und es verdient unser aller Dank, wenn Kolleginnen und Kollegen in ihrer Freizeit an einem Streik teilnehmen.“

Die Veranstaltung fand im Schatten der Mannheimer Amokfahrt und des ersten Attentats auf eine Tarifdemonstration in München statt. Umso erfreulicher war es, dass die Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei hervorragend funktionierte. Ralf Kusterer konnte gemeinsam mit dem erfahrenen Freiburger Revierführer Ulrich Hildenbrand die Sicherheitslage erörtern, der den Geschäftsführern des BBW – Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg, Peter Ludwig und Michael Lutz, umfassenden Schutz zusicherte. Die ein-

gesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten sorgten dafür, dass sich die Teilnehmenden jederzeit sicher fühlten und ihre Versammlungsfreiheit uneingeschränkt wahrnehmen konnten.

Dafür sei an dieser Stelle nochmals ausdrücklich gedankt. —



## IMPRESSUM

Redaktion:  
Jörg Kluge (V. i. S. d. P.)  
Telefon:  
+49.172.1397377  
E-Mail:  
Joerg.Kluge@dpolg-bw.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Kernerstraße 5, 70182  
Stuttgart  
Tel.: 0711.9979474-0  
Fax: 0711.9979474-20  
E-Mail:  
info@dpolg-bw.de  
Internet:  
www.dpolg-bw.de  
ISSN 0723-1830

